



MARXISTISCHE ABENDSCHULE

GRUNDLAGEN # 7 ANTIMILITARISMUS



Antimilitarismus

Was ist Militarismus?

Kriege hat es nicht immer gegeben. Auch wenn bürgerliche Ideologen immer wieder versuchen, die Ursachen des Krieges in den Bereich der Biologie oder Psychologie zu legen. Sie setzen individuelle Aggressivität mit der gesellschaftlichen Erscheinung des Krieges gleich und wollen uns einreden, Kriege resultierten letztlich aus der menschlichen Genstruktur oder seien ein triebhafter Vorgang. Wenn es Kriege aber schon immer gab und wenn sie zum Wesen des Menschen gehören, dann gibt es auch keine Möglichkeit, Kriege zu verhindern, dann ist der Kampf um eine „andere Welt“, um eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft perspektivlos. Das ist der Kern der Botschaft, die wir glauben sollen. Tatsächlich ist der Krieg und damit auch der Militarismus ein Auswuchs der Klassengesellschaft und damit erst rund 5.000 Jahre alt. Die weitaus längste Zeit ihrer Existenz (Urgesellschaft) lebte die Menschheit in Gesellschaften, die keine Kriege kannten, in denen schon aus Gründen der Arterhaltung kooperatives Verhalten gefragt war. Wenn es Kriege also nicht „schon immer“ gab, dann gibt es auch die Perspektive einer Gesellschaft, die ohne Krieg und Militarismus auskommt. Mit seiner Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ untersuchte Karl Liebknecht 1907 das Wesen des kapitalistischen Militarismus und begründete die Notwendigkeit der antimilitaristischen Arbeit insbesondere der Arbeiterjugendorganisationen. Er arbeitet heraus, dass der Militarismus in den kapitalistischen Ländern ein ganzes Netzwerk bildet, das die gesamte Gesellschaft durchdringt.

„Der Militarismus tritt (...) auf: Erstens als Armee selbst, sodann als ein über die Armee hinausgehendes System der Umklammerung der ganzen Gesellschaft durch ein Netz militaristischer und halb militaristischer Einrichtungen, ferner als ein System der Durchtränkung unseres ganzen öffentlichen und privaten Volkslebens mit militaristischem Geiste (Karl Liebknecht: Militarismus und Antimilitarismus).“
Dabei hat der Militarismus eine doppelte Funktion.

„Als Militärmacht, die die kapitalistischen Staaten bei ihren äußeren Zusammenstößen einsetzen (Militarismus nach außen) und als Waffe in den Händen der herrschenden Klasse zur Niederhaltung aller (ökonomischen und politischen) Bewegungen des Proletariats (Militarismus nach innen).“ (Lenin, Werke, Bd. 15, S. 187)

Auch in der BRD heute ist der Militarismus ein weit verzweigtes und verflochtenes System. Neben der Bundeswehr umfasst er Soldaten- und Reservistenverbände, zahlreiche Wehrkundegesellschaften und

Freundeskreise, militaristische Zeitschriften

und Verlage, Braintrusts und Akademien. Bürgerliche Zeitungen

richten Wehrkunde- und Rüstungstagungen aus, im Parla-

ment sitzen Lobbyisten der

Rüstungskonzerne und das

„Verteidigungs“ministerium, Rüstungsindustrie

und Armee tauschen per

„Drehtüreffekt“ Personal

aus. Die Bundeswehr

drängt verstärkt in die

Öffentlichkeit: mit

Werbeveranstaltungen

für Schulklassen, mit

Lehrmaterial für Lehrer,

mit speziellen Veranstaltungen

für Mädchen und junge Frauen wird für

die Armee geworben. Jugendarbeitslosigkeit

und Ausbildungsplatzkatastrophe sind ein wichtiger Nährboden für militaristische Propaganda. Immer stärker wird das Fernsehen eingespannt. In TV-Serien dürfen Journalisten in Kampfjets fliegen und Kriegsszenarien nachspielen. Auf dem Computerspielemarkt kommen Programme für reale und virtuelle Militärpiloten aus einer Hand. In den vergangenen 15 Jahren wurde die Macht der Generäle systematisch ausgebaut. Das so genannte „Primat der Politik“ wird immer weiter zurückgedrängt. Das Netzwerk zwischen bürgerlichem Politikbetrieb, Rüstungswirtschaft und Militär wird immer enger. Sämtliche Generäle und zahlreiche Offiziere, die die Bundeswehr aufbauten, stammten aus der faschistischen Wehrmacht. Ihr Weltbild lebt in der Truppe weiter. Unter den Bedingungen einer „Armee im Einsatz“ spüren auch die reaktionärsten Kräfte in der Bundeswehr wieder Aufwind. Sie propagieren das Bild vom „archaischen Kämpfertyp“, machen die „Innere Führung“ lächerlich und preisen den „heldenhaften Kampf“ der faschistischen





Wehrmacht und die „Tugenden“ des deutschen Soldatentums. Neofaschistische Skandale in der Truppe reißen nicht ab. Dabei geht es nicht um Exzesse von Wehrpflichtigen – der eigentliche Skandal ist der reaktionäre Wasserkopf in der Generalität und im Offizierskorps der Bundeswehr.

Antimilitarismus und Arbeiterbewegung

Als der deutsche Imperialismus die internationale Arena betrat, war die Welt schon weitgehend unter die imperialistischen Konkurrenten aufgeteilt. Lenin vergleicht ihn mit „einem jungen und starken Räuber“, der „an den Tisch des kapitalistischen Schmauses“ tritt „als die Plätze schon besetzt“ sind. (LW 24, S. 401, Staat und Revolution)

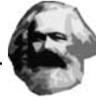
Erklärtes Ziel ist deshalb von Anfang an die Neuaufteilung der Welt. Seine besondere Aggressivität beweist der deutsche Imperialismus und Militarismus mit der Entfesselung des 1. Weltkrieges und mit dem faschistischen 2. Weltkrieg. Zum ideologischen Arsenal des Militarismus zählen dabei nicht nur Nationalismus, Rassismus und die Lockung mit Beuteversprechungen. Seine Kriegsziele (Neuaufteilung der Kolonien, Absatzgebiete und Rohstoffe) im 1. Weltkrieg verbarg der deutsche Imperialismus auch hinter einer hemmungslosen Friedensdemagogie. Kaiser Wilhelm II behauptet noch in seinem „Aufruf an das deutsche Volk“ vom 6. August 1914: „Seit der Reichsgründung ist es durch 43 Jahre Mein und Meiner Vorfahren heißes Bemühen gewesen, der Welt den Frieden zu erhalten und in Frieden unsere kraftvolle Entwicklung zu fördern. Aber die Gegner neiden uns den Erfolg unserer Arbeit (...) So muss denn das Schwert entscheiden. Mitten im Frieden überfällt uns der Feind. Darum auf zu den Waffen!“ Propagandistisches Hauptgeschütz ist die vorgespiegelte Gefahr, Deutschland könne von der „russischen Dampfwalze“ überrollt werden und unter die Herrschaft der zaristischen Despoten geraten. Mit der „zaristischen Gefahr“ werden auch die Sozialdemokraten weich gekocht. Am 4. August 1914 bewilligt die Reichstagsfraktion der SPD einstimmig die Kriegskredite in Höhe von 5 Milliarden Mark, den die deutsche Regierung zur Führung des imperialistischen Krieges verlangt. Dann stimmt sie der Entmachtung des Parlamentes für vier Monate zu. Damit hat die Sozialdemokratie mit ihrer revolutionären und antimilitaristischen Tradition gebrochen. Drei Tage vor der Sitzung hatte Reichskanzler Bethmann-Hollweg noch zur Eile gedrängt. „Ich muss meine Kriegserklärung an Russland sofort haben (...) Sonst bekomme ich die Sozialdemokraten nicht mit.“ Als am 2. Dezember 1914 die Regierung erneu-

te Kredite fordert, entzieht sich Karl Liebknecht der sozialdemokratischen Fraktionsdisziplin. „Dieser Krieg (...) ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital.“ Liebknecht verweigert die Bewilligung der Kriegskredite.

Als Antwort auf die rassistische und chauvinistische Hetze der deutschen Militaristen schreibt Karl Liebknecht im Mai 1915 sein berühmtes Flugblatt, in dem er klar legt, dass die Fronten nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen den Kriegstreibern und dem Volk verlaufen. „Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht in Deutschland: Der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Land gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen (...) Wir wissen uns eins mit dem deutschen Volk – nichts gemein haben wir mit den deutschen Tirpitzern und Falkenhayns, mit der deutschen Regierung der politischen Unterdrückung, der sozialen Knechtung. Nichts für diese, alles für das deutsche Volk.“ Der Internationale Sozialistenkongress 1907 in Stuttgart hatte eine Resolution August Bebels mit Abänderungsvorschlägen von Rosa Luxemburg, Lenin und L. Martow angenommen, in der es hieß:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet (...) alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern (...) Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

Der Verrat der meisten Führer der Sozialistischen Internationale an ihren eigenen Beschlüssen und ihr Übergang zur Politik der Vaterlandsverteidigung und des Burgfriedens mit „ihren“ Herrschenden bedeutete auch die Spaltung der Arbeiterbewegung. Bis Anfang der 1930er Jahre orientierte danach die Kommunistische Internationale auf die Umwandlung imperialistischer Kriege in den Bürgerkrieg und die sozialistische Revolution. Ihre Strategie fußte auf der These, dass unter den Bedingungen des Imperialismus, der Stärke des Opportunismus und der Schwäche der Friedenskräfte, der Ausbruch



von Kriegen unvermeidlich sei.

„Der Krieg ist untrennbar vom Kapitalismus. Daraus folgt, dass eine ‚Abschaffung‘ des Krieges nur möglich ist durch die Abschaffung des Kapitalismus, das heißt, den Sturz der bürgerlichen Ausbeuterklasse durch die Diktatur des Proletariats, den Aufbau des Sozialismus und die Vernichtung der Klassen (...) Das Proletariat bekämpft diese Kriege der imperialistischen Staaten untereinander mit dem Programm der Niederlage der eigenen Regierung und der Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg (Aus den Thesen über den Kampf gegen den imperialistischen Krieg und die Aufgaben der Kommunisten, angenommen auf dem VI. Kongress der Kommunistischen Internationale, 29. August 1928).“

Die Analyse der veränderten politischen Situation und die Notwendigkeit der Verhinderung eines vom deutschen Faschismus ausgehenden Weltkrieges führte die Komintern Mitte der 1930er Jahre zu einer Veränderung ihrer Politik. Auf dem VII. Weltkongress der Komintern im August 1935 erklärte Georgi Dimitroff in seinem Schlusswort:

„Unser Kongress ist ein Kongress des Kampfes für die Erhaltung des Friedens, gegen die Gefahr des imperialistischen Krieges. An diesen Kampf gehen wir jetzt auf neue Weise heran. Unser Kongress lehnt die fatalistische Haltung gegenüber imperialistischen Kriegen, die von den alten sozialdemokratischen Vorstellungen herrührt, entschieden ab. Es ist richtig, dass die imperialistischen Kriege ein Produkt des Kapitalismus sind, dass nur der Sturz des Kapitalismus allen Kriegen ein Ende bereiten wird, aber ebenso richtig ist es, dass die werktätigen Massen durch ihre Kampfaktionen den imperialistischen Krieg verhindern können.“

Nach dem Sieg über den deutschen Faschismus konnte sich die weltweite Antikriegsbewegung auf ein starkes sozialistisches Lager stützen. Das galt unabhängig von der weltanschaulichen Position und unabhängig davon, ob das bewusst wahrgenommen wurde oder nicht. Die Brechung des Atomwaffenmonopols der USA durch die Sowjetunion durchkreuzte die Pläne des US-Imperialismus, den Sozialismus per Angriffskrieg von der Weltkarte zu tilgen. Der Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen bekam großen Aufschwung und schuf zusätzliche Möglichkeiten, dem Imperialismus Zügel anzulegen.

In Deutschland kämpften die Kommunisten gegen

die Spaltung des Landes und die Remilitarisierung in den Westzonen. Gegen eine breite und mobilisierungsfähige Friedensbewegung konnte der Imperialismus den Aufbau der Bundeswehr nur mit jahrelanger Verzögerung durchsetzen. Wie die Herrschenden den Zusammenhang zwischen Militarismus nach außen und Repression nach innen sehen, machten sie mit dem Verbot der Freien Deutschen Jugend (1951) und der KPD (1956) deutlich, die zu den konsequentesten und aktivsten Gegnern der Militarisierung gehörten.

Nach der Niederlage des Sozialismus in Europa hat sich der Imperialismus an eine Neuaufteilung der Welt, der Einflusszonen, Absatzmärkte, der menschlichen und natürlichen Ressourcen gemacht. In den neuen imperialistischen Kriegen wird sowohl das gemeinsame Interesse an der Sicherung

der Profitwirtschaft, wie auch das Konkurrenzverhältnis der mächtigen imperialistischen Staaten sichtbar. Militärische Interventionspolitik findet in Absprache, arbeitsteilig, in Alleingängen einzelner Staaten oder in offenem Konflikt miteinander statt. Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, dass die Antikriegsbewegung wieder erstarbt und dass auch unter den aktuellen Bedingungen – einer Welt ohne starken sozialistischen Block – der Kampf gegen den Krieg mit beachtlicher Wirkung

geführt werden kann. So konnte zwar der Krieg gegen den Irak nicht verhindert werden, aber es entstand eine Bewegung auf allen Kontinenten, die Menschen unterschiedlicher Weltanschauung und sozialer Schichten vereinte. Ihr gelang es, dass die Bush-Regierung den Krieg nur um den Preis des völligen Verlustes ihrer internationalen Glaubwürdigkeit führen konnte.

Der deutsche Militarismus nach der Niederlage des realen Sozialismus in Europa

Nach der Einverleibung der DDR war einer der ersten politischen Akte der Sieger die Auflösung der NVA der DDR. Was in Teilen der Friedensbewegung als Abrüstung missverstanden und in der Bundeswehr als „Schaffung der Armee der Einheit“ verklärt wurde, war die Liquidierung der gegnerischen Armee und der Beginn des Umbaus der Bundeswehr zu einer kapitalistischen Interventionsarmee. Alle Politoffiziere wurden entlassen, kein General oder Admiral in die Bundeswehr übernommen, fast 90 Prozent der Offiziere ausgemustert. Schritt für Schritt wurde die Bundeswehr in ihrer militärischen Struktur, Bewaffnung und Strategie auf internationale Einsät-





ze außerhalb des NATO-Gebietes ausgerichtet. Mit einer Salomitaktik wurde die Truppe an immer größere und „robustere“ Militäreinsätze herangeführt. Beginnend mit Sanitätssoldaten in Kampuchea bis zum völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Zur politischen Taktik der CDU-geführten Bundesregierung gehörte es dabei, das Grundgesetz der BRD nicht zu ändern, sondern im Gegenteil Fakten zu schaffen, die dann vom Bundesverfassungsgericht 1994 abgesegnet wurden. Mit einem juristischen Kunstgriff wurde der Sinn der Verfassung auf den Kopf gestellt und das Militärbündnis NATO zu einem „System kollektiver Sicherheit“ umdefiniert. Auslandseinsätze der Bundeswehr sind seither mit mehrheitlicher Zustimmung des Parlamentes möglich, obwohl das Grundgesetz lediglich von „Verteidigung“ spricht. Die Regierungskoalition aus SPD und Grünen übernahm die entscheidenden Aufgaben bei der „Enttabuisierung des Militärischen“ (Schröder) in Deutschland. Sie setzte die Teilnahme der Bundeswehr beim Angriffskrieg gegen Jugoslawien durch und sorgte dabei gleichzeitig für die Ruhigstellung der Gewerkschafts- und Teilen der Friedensbewegung. Mit den Verteidigungspolitischen Richtlinien vom 21. Mai 2003 wurden die letzten Schranken eingerissen. Künftige Einsätze der Bundeswehr lassen sich danach „weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch eingrenzen“. Einsatzort der Bundeswehr ist der gesamte Globus – wo immer das deutsche

Kapital seine Interessen abzustecken oder zu sichern gedenkt. SPD und Grüne sorgten auch für die ideologische Zerstörung des Nachkriegskonsenses der BRD: „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“, indem sie mit einer hemmungslosen Lügenpropaganda den Angriffskrieg gegen Jugoslawien als „humanitären“ Krieg verkauften, der gegen Völkermord und KZ-Lager geführt werden müsse.

Die Neudefinition des Begriffes „Verteidigung“ (Interessenverteidigung statt Landesverteidigung) brachte der sozialdemokratische „Verteidigungs“minister Struck am prägnantesten auf den Punkt, indem er von der Verteidigung Deutschlands am Hindukusch sprach. Der deutsche Imperialismus spielt eine führende Rolle bei der Militarisation der Europäischen Union. Unter deutschem Vorsitz wurden im ersten Halbjahr 1999 die entscheidenden Beschlüsse für den Aufbau einer EU-Interventionsarmee und die Militarisation der EU-Außenpolitik gefasst. Gleichzeitig spielt Deutschland eine wichtige Rolle beim Umbau der NATO zum weltweit agierenden Militärpakt und beim Aufbau einer schnellen NATO-Interventionstruppe.

Im Zusammenspiel mit Paris setzte die Berliner Regierung die entscheidenden militaristischen Artikel im EU-Verfassungsvertrag durch: die Gründung einer Rüstungsagentur und die forcierte Militärpolitik unter Umgehung des Einstimmigkeitsprinzips – die so genannte „strukturierte Zusammenarbeit“. Gemeinsam mit der britischen und französischen Regierung betreibt die Bundesregierung die Aufstellung von EU-Kampfverbänden (battle groups) für die schnelle Verlegung und Kampfeinsätze auch unter extremen klimatischen und geografischen Bedingungen. Der Aufbau der EU-Militärmacht erfolgt dabei in einem widersprüchlichen Interessengeflecht, in dem gemeinsame und konkurrierende Interessen zwischen EU und der imperialistischen



Führungsmacht USA aufeinander treffen. Innerhalb der EU gibt es Widersprüche und Gemeinsamkeiten zwischen den Führungsmächten Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den mittleren und kleinen Staaten, zwischen einer deutsch-französischen Achse und Großbritannien, zwischen dem deutschen und dem französischen Imperialismus. Solche Widersprüche zu analysieren und gegebenenfalls auszunutzen ist eine wichtige Aufgabe antimilitaristischer Politik.

Antimilitarismus und Pazifismus

Marxisten haben in der Vergangenheit den Begriff „Pazifismus“ für sehr unterschiedliche politische Positionen gebraucht. So wurde er für prinzipielle Gegner des Krieges verwendet, mit denen Antimilitaristen gemeinsam kämpften, aber auch für jene, die nur zeitweilig oder aus taktischen Gründen gegen diesen oder jenen Krieg Stellung bezogen und schließlich auch für solche, die nur heuchlerisch vom Frieden redeten und dabei den Krieg vorbereiteten. Als Kautsky, der bedeutendste Theoretiker der II. (sozialistischen) Internationale, gegen Ende des I. Weltkrieges gegen Annexionen der imperialistischen Konkurrenten Deutschlands auftrat, sich aber über die Raubzüge des deutschen Imperialismus ausschwig, nannte Lenin das „sozialistischen Pazifismus“. (LW 23, S. 184) Kriege brechen nicht einfach aus wie Naturkatastrophen. Sie entspringen den inneren Entwicklungsgesetzen des Imperialismus. Solange der Imperialismus das einzige oder bestimmende Weltsystem war, war Kampf gegen den Krieg deshalb für Marxisten gleichbedeutend mit dem Kampf um die revolutionäre Überwindung des Imperialismus. Das Predigen allgemeiner Friedensbotschaften, statt den konkreten Kampf gegen imperialistische Kriege und Kriegsvorbereitungen zu führen, war für Marxisten „bürgerlicher Pazifismus“. In allen wichtigen friedenspolitischen Kämpfen der letzten Jahrzehnte in unserem Land spielte die gemeinsame Aktion von Pazifisten und Antimilitaristen eine entscheidende Rolle. Beim Kampf gegen die Remilitarisierung der BRD und bei den Demonstrationen gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr. In der Bewegung gegen die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern, bei den Aktionen gegen den NATO-Krieg gegen Jugoslawien und die neuen Kolonialkriege, die unter der demagogischen Losung „Krieg gegen den Terror“ geführt werden. Immer wieder wurde daher von den Herrschenden versucht, Keile zwischen Pazifisten und

Antimilitaristen zu treiben. Eine beliebte Propagandaformel war dabei stets das Märchen von der kommunistischen Unterwanderung der Friedensbewegung. Solche Spaltungsversuche müssen auch in Zukunft zurückgewiesen werden. Politische Pazifisten betonen in ihren Stellungnahmen zu Krieg und Kriegsursachen heute ebenso wie Antimilitaristen die kriegstreiberische Funktion militärisch-industrieller Komplexe, analysieren die Rolle von Profit- und Rohstoffinteressen der imperialistischen Länder und treten für die Überwindung der kapitalistischen Profitwirtschaft und für eine alternative Weltordnung ein. Unterschiedliche Auffassungen zwischen Antimilitaristen und Pazifisten sollten solidarisch diskutiert werden. Sie ändern nichts an der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen Kriegspolitik. Für Marxisten ist die Solidarität mit bewaffneten Befreiungskämpfen wie in El Salvador oder Nikaragua und die Unterstützung von Verteidigungskriegen gegen imperialistische Aggressionen wie in Vietnam oder der militärische Kampf gegen den Faschismus Teil ihres politischen Selbstverständnisses. Dabei verabsolutieren sie den bewaffneten Kampf nicht, sondern betrachten ihn als eine mögliche Kampfform über die jeweils unter Berücksichtigung der konkreten Umstände zu entscheiden ist. Antimilitaristen halten es für notwendig, alle Möglichkeiten des Kampfes gegen den Militarismus auszunutzen. Dazu kann die Verweigerung des Kriegsdienstes genau so gehören wie die antimilitaristische Arbeit in der Armee und mit den Soldaten.



Antimilitarismus heute

Antimilitaristische Arbeit und der Kampf gegen die von den imperialistischen Ländern geführten Kriege ist heute eine der wichtigsten Aufgaben für junge Sozialisten und Kommunisten. Ideologisch muss dabei die Lüge von den angeblichen „humanitären Interventionen“ entlarvt werden. Der angebliche „Krieg gegen den Terror“ ist in Wahrheit ein Krieg um die Sicherung von Einflusszonen, Rohstoffquellen und Absatzmärkten und die militärische Absicherung des Profitsystems. Zu analysieren ist, wie sich in die Friedensdemagogie des deutschen Imperialismus immer stärker Elemente mischen, die offen und aggressiv Imperialismus und Kolonialismus als „Segnungen“ für die Welt preisen. Militarismus und Demokratie sind unvereinbar. Der Kampf um Verteidigung und Ausbau demokratischer Rechte muss daher einen breiten Raum im antimilitaristischen Kampf einnehmen. Die Herrschenden in unserem



Land sind dabei, die Fesseln, die dem deutschen Militarismus in der Vergangenheit angelegt werden konnten, Stück für Stück zu lockern. So wird versucht, die Entscheidungsbefugnis des Bundestages über Bundeswehreinräte weiter einzuschränken. Auf der Ebene der EU hat das EU-„Parlament“ bei Kriegseinsätzen und bei der weiteren Militarisierung der Außenpolitik so gut wie keine Kompetenzen. Antimilitaristen stellen den Zusammenhang zwischen dem Ausbau des Militärapparates und dem Abbau sozialer Errungenschaften her. Mit den Beschaffungsprojekten der Bundeswehr werden für Jahrzehnte gigantische Milliardenbeträge verplant, die dann für soziale Projekte fehlen. Im EU-Verfassungsvertrag wurde gar die Pflicht der Mitgliedsstaaten zur permanenten Aufrüstung formuliert. Antimilitaristen arbeiten für breite Bündnisse und Bewegungen gegen Aufrüstung und Krieg. Insbesondere die Gewerkschaften und die Beschäftigten in den Betrieben müssen für solche Bündnisse gewonnen werden. Der Kampf für Frieden und Abrüstung, gegen Militarismus und imperialistische Kriegspolitik muss auch international stärker vernetzt und koordiniert werden. Junge Sozialisten und Kommunisten stehen dabei in der Verantwortung, die Kriegspolitik der „eigenen“ Regierung zu entlarven und zu bekämpfen.

Begriffserklärung:

Primat der Politik meint: Die Politik hat Vorrang. In der Frage beim Militarismus geht es darum, ob die Politik bestimmt was das Militär macht... Wenn „das Primat der Politik“ zurückgedrängt wird, hieße das, dass die Gefahr besteht, dass künftig das Militär eigenständig entscheiden könnte, wo und wann Kriege geführt werden und diese Kriegseinsätze nicht mehr politisch gerechtfertigt werden oder durch die Politik/Diplomatie nicht mehr verhindert werden könnten.

Militärisch- Industrieller Komplex(MIK): Der Staat ist eigentlich für die Friedens- und Kriegspolitik verantwortlich, aber es gibt auch unzählige Rüstungsbetriebe, die für diese Politik Waffen und Geräte herstellen. MIK meint: Der Staat und die Rüstungsbetriebe arbeiten Hand in Hand um Kriegsmaterial herzustellen und beeinflussen sich gegenseitig. Entwickelt z.B. ein Konzern eine neue Waffe, sorgt der Staat dafür, dass diese Waffe auch hergestellt und in großer Stückzahl gekauft wird. Bereitet der Staat einen Krieg vor, gibt das Großaufträge an die Rüstungskonzerne... Deshalb wird z.B. dafür gesorgt, dass ein Krieg schön lange dauert, damit das Kriegs-

material auch verbraucht wird und neues Material hergestellt werden kann. Diese gegenseitige Beeinflussung versteht man unter MIK.

Arbeitsfragen

1. Was sind die Ursachen von Kriegen? Warum ist Krieg keine natürliche „menschliche Eigenschaft“?
2. Können Kriege unterschiedliche Charaktere haben? Gibt es fortschrittliche Kriege?
3. Wie ist das Verhältnis der EU zu den USA zu bewerten? Wird deutsche Kriegspolitik durch die US-Politik bestimmt? Welche Standpunkte herrschen in der Friedensbewegung vor und welche sollten wir in Bündnissen vertreten?

